

Zocken, um über die Runden zu kommen

Der einflussreiche Ökonom Martin Hellwig über Geldhäuser, die zu hohe Risiken eingehen, über ein Institut, das möglicherweise wieder Staatshilfe braucht - und über Landesbanken, die vor allem der Finanzierung von Ministerpräsidenten dienen

INTERVIEW: CASPAR DOHMEN UND ANDREA REXER

Es ist eine ruhige Villa in Bonn, in der das Max Planck Institut für Gemeinschaftsgüter seine Räumlichkeiten bezogen hat. Wenn Institutsdirektor Martin Hellwig analysiert, wo die Probleme im deutschen Bankensektor liegen, nimmt er sich Zeit. Jede Antwort ist wohl überlegt, Schnellschüsse sind nichts für den einflussreichen Ökonomen. Für Aufsehen sorgt er auf andere Art und Weise: Jüngst hat er ein Buch verfasst, das die Argumente der Bankenlobby enttarnt.

SZ: Professor Hellwig, ist ein nationaler Champion à la Deutsche Bank ein Segen oder Fluch für das jeweilige Heimatland?

Hellwig: Die Frage betrifft nicht nur Banken. Wenn ein Unternehmen aus eigener Leistung zum Champion wird, dann ist das für die Bevölkerung ein Segen. Braucht das Unternehmen aber Staatshilfe, so sind die Kosten größer als der Nutzen.

Das bedeutet für die Deutsche Bank?

Die Deutsche Bank rühmt sich, dass sie in der Krise keine Staatshilfe gebraucht hat. Die Deutsche Bank war aber auch nicht unglücklich, dass der Bund die Hypo Real Estate gerettet hat, der sie selbst Kredite gegeben hatte. Von einer HRE-Pleite wäre sie auch indirekt über den Sicherungsfonds des Verbandes Deutscher Banken betroffen gewesen.

Wie gefährlich ist die Deutsche Bank?

Sicher geben Größe und Komplexität der Deutschen Bank Anlass zur Sorge. Aber das würde ich als Risiko in Deutschland erst an dritter oder vierter Stelle nennen.

Und zuvor?

Das Hauptproblem ist die Überkapazität im Banksektor überhaupt, die bewirkt, dass viele Banken zocken müssen, um über die Runden zu kommen. Das Problem betrifft vor allem das Wholesale Banking, das Großkundengeschäft und das Pfandbriefgeschäft.

Abgesehen von Dresdner Bank, WestLB und Sachsen LB ist ja keine Bank aus dem Markt ausgetreten.

Wer müsste folgen?

So etwas müsste eigentlich der Markt entscheiden. Aber die Landesbanken sind dem Markt entzogen. Hier haben die Länder eine stärkere Konsolidierung verhindert; auf ein außerparlamentarisches Ministerpräsidentenfinanzierungsinstitut verzichtet man nicht gern. Derzeit wollen Hamburg und Schleswig-Holstein der HSH Nordbank neue Garantien geben, denn Garantien kosten ja nichts. Dabei ist die Bank wegen ihres Engagements bei Schiffsfinanzierungen hochgradig gefährdet. Man tut so, als sei die Schiffsfahrtskrise bald überwunden, dabei spricht vieles dagegen. Zunächst steigt in diesem Jahr noch der Kapazitätsüberhang in der Schifffahrt.

Was sind die anderen wichtigen Probleme der Finanzwirtschaft in Deutschland?

Die Commerzbank hat zu wenig Eigenkapital. Wenn da noch große Abschreibungen kommen, wird der Staat wieder helfen müssen. Für eine weitere Eigenkapitalerhöhung im Markt dürfte der Spielraum fehlen.

Wo sehen Sie die größten Risiken in der Bilanz?

Auch bei Schiffsfinanzierungen. Die englische Lloyds Bank soll Schiffskredite mit einem Abschlag von 50 Prozent verkauft haben. Wendet man diesen Satz bei der Commerzbank an, so kommt man auf neun Milliarden Euro. Das würde die Bank zwar nicht in die roten Zahlen bringen, aber sie hätte neuen Kapitalbedarf.

Was ist bei der Commerzbank-Rettung schief gelaufen?

Der Staat hätte 2008 die Bank richtig übernehmen müssen statt eine stille Einlage einzubringen. Wer Eigenkapital beiträgt, sollte auch mitreden. Und dann hätte der Staat dafür sorgen müssen, dass die Bank schnell und gründlich

saniert und wieder reprivatisiert wird. Die stille Einlage hat die Bank eine Zeitlang manövrierunfähig gemacht, unter anderem wegen der exorbitanten Zinsen. Um da herauszukommen, hat die Bank 2011 die stille Einlage weitgehend zurückgezahlt und stand dann ziemlich nackt da, als der griechische Schuldenschnitt kam.

Sollte man staatliche Hilfen für Banken generell unterbinden?

Bei dieser Frage man muss genau unterscheiden: Hilfe für die Bank? Hilfe für die Manager und die Eigentümer der Bank? Oder Hilfe für die Gläubiger der Bank? Staatliche Hilfe für eine zumindest zeitweise Fortführung der Bank ist unerlässlich, wenn die Bank eine wichtige Rolle im Finanzsystem spielt. Das heißt aber nicht, dass man die Manager und die Eigentümer schonen muss. Auch die Anleihegläubiger sollten nicht geschont werden, nur - in Grenzen - die Einleger. Wenn Anleger bei Banken mit Staatshilfe rechnen, kommt es zu Verzerrungen, etwa zu Lasten der Industrie. So waren vor der Krise die Zinsen für Bankanleihen deutlich niedriger als für Industriebankanleihen, eine Folge der impliziten Staatsgarantie.

Operieren die Banken deswegen mit so viel Fremdkapital?

Ja, aber auch, weil sie ein großes Rad drehen wollen. Da finden sie es am einfachsten, immer mehr Schulden zu machen. Dass dadurch auch ihr Risiko steigt, stört niemanden, solange im Hintergrund die Staatsgarantie steht.

Dafür gibt es die Aufsicht. Schaut sie streng genug hin?

Die wird Ihnen sagen, wir haben uns an die Regeln gehalten, mehr konnten wir nicht tun.

Das heißt, die Regeln waren unzureichend?

Ja, vor der Krise ließen die Regeln es zu, dass Banken nur zwei Prozent ihrer Bilanzsumme mit eigenen Mitteln finanzierten. In Zukunft wird diese Schranke

auf drei Prozent erhöht, das entspricht dem, was Lehman Brothers in der letzten Bilanz auswies. Banken brauchen viel mehr Eigenkapital. Bankaufsichtsregeln haben nur teilweise mit Sicherheit der Banken zu tun. Teilweise dienen sie den Interessen der Politik, zum Beispiel dem Interesse, dass Banken den Staat finanzieren. Dieses Interesse ist ein Grund dafür, dass Staatskredite kein Eigenkapital erfordern. "Staatskredite sind völlig sicher!", heißt es. Wie sicher, das hat der griechische Schuldenschnitt gezeigt. Im übrigen liegt ein wichtiger Grund für die Rezession in Südeuropa auch darin, dass die Banken weniger Unternehmenskredite vergeben, weil sie mehr zur Staatsfinanzierung herangezogen werden.

Und jetzt versucht die Europäische Zentralbank mit niedrigen Zinsen die Kreditvergabe im Süden anzukurbeln. Eine Sisyphusarbeit?

Der Konnex von Banken und Staaten in den Krisenländern stellt die EZB vor eine fast unlösbare Aufgabe.

Wir haben viel über Risiken in Bankbilanzen gesprochen - wie riskant ist der Kurs der EZB?

Die EZB hat viel getan, um das Finanzsystem zu stützen. Dazu musste sie aber vieles in ihre Bilanz nehmen, was Verlustrisiken birgt. Wenn die EZB von Verlusten betroffen wird, geht das unmittelbar zu Lasten des Steuerzahlers, auch wenn es nicht zu einer Inflation kommt. Auch die Niedrigzinspolitik schränkt die Gewinne der EZB ein und

geht zu Lasten des Steuerzahlers, nur dass das nicht explizit ausgewiesen wird. Jedoch ist das nicht das Schlimmste. Die Übernahme von Kreditrisiken durch die Zentralbank ist wohl die einfachste Art, mit der Krise umzugehen. Das größte Risiko liegt darin, dass die Politik sich daran gewöhnt, dass die Zentralbank hilft, wenn das Finanzsystem in der Krise ist, und dass die Politik lernt, dass schwache Banken ihr indirekt Zugang zur Notenpresse geben.

Nun muss die EZB sich gerade vor dem Bundesverfassungsgericht verteidigen...

Davon halte ich nichts. Das ist keine juristische, sondern eine politische Frage. Ob die Staatsanleihenkäufe der EZB als geldpolitische Maßnahme sinnvoll oder gar erforderlich sind, ist eine Einschätzungsfrage. Unabhängigkeit der EZB bedeutet, dass solche Einschätzungsfragen von der EZB selbst entschieden werden. Es ist zu hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht aus eigener Erfahrung weiß, was Unabhängigkeit bedeutet.

Was bedeutet es für die EZB, wenn sie sich vor Gericht mit der Bundesbank streiten muss, deren Chef zugleich auch in ihrem obersten Gremium sitzt?

In der politischen Auseinandersetzung ist es für Mario Draghi hilfreich, dass Jens Weidmann immer wieder dran erinnert, dass die Interventionen der EZB problematisch sind. Das hilft zu verhindern, dass die Politik die Hilfe der

EZB als selbstverständlich ansieht. Jedoch erweist die Bundesbank sich selbst einen Bärendienst, wenn sie die Auseinandersetzung über die angemessene Geldpolitik zum Gegenstand der Rechtsprechung macht. Das untergräbt die Unabhängigkeit der Bundesbank ebenso wie die der EZB.

Glauben Sie, dass die Politik die Krise in den Griff bekommt?

Will sie das überhaupt? Seit 2010 habe ich den Eindruck, man hangelt sich von Fall zu Fall fort, ohne sich in aller Nüchternheit und ohne Selbstbetrug zu fragen, was die Probleme sind, welche Strategien es gibt und welche Abwägungen zu treffen sind. 2010 hieß es noch, das Problem liege darin, dass Griechenland auf den Märkten kein billiges Geld bekomme, bis 2013 sei das Problem behoben....

Und heute?

Wenn dieses Forthangeln so weitergeht, sehe ich große Risiken für die europäische Integration. Die Wiederkehr nationaler Ressentiments erschreckt mich zutiefst. Man kann nicht ausschließen, dass es hier oder da zu emotionalen Ausbrüchen kommt, die verheerende Folgen nach sich ziehen. Es ist in der Geschichte schon oft vorgekommen, dass emotionale Ausbrüche - oder auch Kurzsichtigkeit im Verfolgen eigener Interessen - die wirtschaftliche und gesellschaftliche Vernunft völlig verdrängt haben.

Abbildung: Aktivisten blockieren in Frankfurt das Bankenviertel. Martin Hellwig könnte ihnen wichtige Argumente liefern. FOTO: DPA

Abbildung: Martin Hellwig fürchtet die Wiederkehr nationaler Ressentiments. FOTO: OH

Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Kategorien: Zentralbank, Zinsen